

Antrag	Sub	1	Antragsteller	Produkt	Band	Seite	Nr.	Antrag	Verwaltung	Invest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
											mehr	minder					
1			SPD CDU WAM FDP	Gutachten	I	15		Gutachten und Analysen, soweit sie nicht Bestandteil genehmigter Investitionsprojekte und Bebauungsplanverfahren sind, bedürfen vor ihrer Vergabe der Freigabe durch den Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung, sofern sie eine Größenordnung von 2.500 € überschreiten.								Zustimmung bei Nein von B90	
2			SPD CDU WAM FDP B90	Personal Wirtschaft	I	15		In jedem Produktbereich wird eine pauschale Einsparung vorgegeben. Die Bemessungsgrundlage beträgt 1 % des Personalaufwands gemäß Sachkonto 6599999 des jeweiligen Produktbereiches (nach Einrechnung aller personalkostenrelevanten Veränderungsbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung). Diese Einsparungsvorgabe wird im Finanzplan analog fortgeschrieben. Ausgenommen hiervon ist das Sonderbudget Kinderbetreuung und Familienförderung sowie das Sondebudget Asylbewerberbetreuung.	Verwaltung		-	120.500 €				Zustimmung	
3			SPD CDU WAM FDP B90		I	25		Die Leistungsbeschreibung wird wie folgt geändert: Der Satz <i>Die Zahl der Planstellen wird um 11,29 Stellen auf 498,93 Vollzeitstellen steigen.</i> wird ersetzt durch die effektive Zahl nach HH Beschluss. Zusätzlich wird aufgenommen: Ab dem HH Jahr 2017 wird bei nachfolgenden HH Plänen bei zusätzlichen Stellen in dem jeweiligen Produktbereich a) auf die zusätzliche Stelle(n) hingewiesen und b) auf die damit verbundenen zusätzlichen Leistungen.								Zustimmung	
4			SPD CDU WAM FDP B90		I	27		Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Für die Folgejahre wird der Magistrat beauftragt sicherzustellen, dass im Haushaltsentwurf pauschalisierte Personalkosteneinsparungen nachvollziehbar erklärt werden.	Verwaltung							Zustimmung	
5			SPD CDU WAM FDP		I	49		In die Ausnahme von der allgemeinen Deckungsfähigkeit werden zusätzlich aufgenommen: i. 10101 / 6869000 sonstige Aufwendungen für Repräsentation j. 10102 / 6869000 sonstige Aufwendungen für Repräsentation	Verwaltung							Zustimmung bei Enthaltung Bündnis90/Grüne	
6			SPD CDU WAM FDP B90		I	49		Der Absatz Regelung für Personalaufwendungen "Verbesserungen bei den Personalaufwendungen dürfen unter Berücksichtigung der Vorgaben eines vorliegenden Konsolidierungsprogramms für Mehraufwendungen im Sachkostenbereich innerhalb des gleichen Budgets verwendet werden. Voraussetzung ist eine Veränderung der Leistungsbeschreibung und Zustimmung des Hauptausschusses für Finanzen und Stadtentwicklung" wird ersetzt durch: "Verbesserungen bei den Personalaufwendungen (z.B. bedingt durch längere Krankheit, Mutterschutz, Elternzeit) in den Einzel Budgets können nicht für Sachleistungen im Budget verwandt werden. Im Einzelfall kann eine realisierte Personalkosteneinsparung für die Einstellung von befristeten Beschäftigten benutzt werden. Dem Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung ist hierüber unmittelbar zu berichten. "	Verwaltung							Zustimmung	
7			SPD CDU WAM FDP B90	Stellenplan	I	106	PB 1	Die Stelle EG 9 laut KiTa Entwicklungsplan wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Magistrat wird beauftragt dem Hauptausschuss bis zum 31.03.2017 spätestens ein Konzept mit folgenden Inhalten vorzulegen: Wie kann der wachsende Personalstamm mit den vorhandenen Personal in der zentralen Personalverwaltung durch Veränderung von Prozessen und Nutzung digitaler Möglichkeiten optimiert werden?	Verwaltung		-	15.000 €				Zustimmung	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
8			SPD CDU WAM FDP B90	Stellenplan	I	106	PB 1	Die 0,5 Stelle Wirtschaftsförderung wird nicht geschaffen. Die Leistungsbeschreibung wird angepasst. Es erfolgt die Fortschreibung im Finanzplan.	Verwaltung	-	25.000 €		Zustimmung		
9			SPD CDU WAM FDP B90	Stellenplan	I	106	PB 1	Die Stelle EG 9 I (Vergabestelle) wird mit einem Sperrvermerk versehen. Der Magistrat wird beauftragt bis zum 31.03.2017 das detaillierte Stellenprofil inklusive zu vergebenden jährlichen Vergabevolumen dem Hauptausschuss vorzulegen. Darin sind auch die Prozesse einer zentralen Vergabe, die erwartete Anzahl europaweiter Vergaben und die Maßnahmen zum Wertemanagement (Antikorruption) darzustellen werden.	Verwaltung	-	15.000 €		Zustimmung		
11			SPD CDU WAM FDP B90	Stellenplan	I	106	PB 2	Die 0,5 Stelle Stadtladen wird nicht geschaffen. Es erfolgt die Fortschreibung im Finanzplan.	Verwaltung	-	25.000 €		Zustimmung		
12			SPD CDU WAM FDP	Stellenplan	I	106	PB 4	Im PB 4 wird nur eine Stelle EG 3 geschaffen, um Personalengpässe im Küchenbereich auszugleichen. Es erfolgt die Fortschreibung im Finanzplan.	Verwaltung	-	100.000 €		Zustimmung bei Nein von B90		
13			SPD CDU WAM FDP	Stellenplan	I	106	PB 6	Die Stelle EG 10 im PB 6 wird nicht geschaffen. Es erfolgt die Fortschreibung im Finanzplan.	Verwaltung	-	50.000 €		Zustimmung bei Enthaltung Bündnis90/Grüne		
15			SPD CDU B90	10101	II	1.11	6131000	Der Ansatz für die Entschädigungen wird erhöht da die Anzahl der geplanten Sitzungen steigt (8 StvV) sowie die Anzahl der zusätzlichen Sitzungen sich erhöht hat. Die Leistungsbeschreibung auf Seite 1.8 wird geändert: In 2017 finden 8 Stadtverordneten Sitzungen statt. Die Entschädigungssatzung wird für 2017 ff für die Stadtverordnetenversammlung als auch die Beiräte angepasst.	Verwaltung	4.200 €			Zustimmung bei Nein von WAM und Enthaltung FDP		
16			SPD CDU WAM FDP B90	10101	II	1.11	6869000	Die Leistungsbeschreibung wird wie folgt geändert: Der/die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung führt in 2017 folgende Veranstaltungen durch: Bürgerversammlung (1.500 €), Neujahrsempfang (1.000 €), Parlamentarischer Abend (2.500 €). Für sonstige Repräsentation stehen 600 € zur Verfügung.	Verwaltung	-	2.500 €		Zustimmung		
17			SPD CDU WAM FDP B90	10101	II	1.11	neu	Es wird ein neues Sachkonto erstellt: Beziehungen zu anderen Städten. In der Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Der Vertrag mit dem Partnerschaftsverein wird zum frühest möglichen Zeitpunkt beendet. Die Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaften werden unter der Leitung der Stadtverordnetenversammlung gebündelt. Die/der Stadtverordnetenvorsteher/in legt der Stadtverordnetenversammlung bis zum 30.3.2017 eine Richtlinie Städtepartnerschaften zur Beschlussfassung vor.	Verwaltung	10.000 €			Zustimmung		

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	Verwaltung	Invest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.				mehr	minder					
18			SPD CDU	10101	II	1.11	neu I	Das Fest der Freundschaft mit mind. 3 Partnerstädten wird in 2017 durchgeführt. Der Stadtverordnetenvorsteher legt das Konzept hierzu in Abstimmung mit dem Partnerschaftsverein und den beteiligten Arbeitsgemeinschaften bis spätestens 31.1.2017 vor. Es wird ein Budget von bis 7.500 € zur Verfügung gestellt. Das Budget wird mit einem Sperrvermerk versehen über dessen Aufhebung der Hauptausschuss entscheidet.	Verwaltung		7.500 €				Zustimmung bei Nein von WAM und Enthaltung FDP und B90	
19			SPD CDU WAM FDP B90	10101	II	1.11	neu II	Es wird ein neues Produkt Förderung des Jugendaustausches mit den Maintaler Partnerstädten angelegt. Die bisher vom Partnerschaftsverein geleisteten Zuschüsse für die internationalen Jugendbegegnungen werden hier abgebildet.	Verwaltung		2.000 €				Zustimmung	
20	a		SPD CDU	10102	II	1.13	6131000	In 2017 finden 8 Stadtverordnetenversammlungen statt. Der Magistrat soll grundsätzlich mindestens alle 2 Wochen tagen. Der Ansatz auf Aufwandsentschädigungen wird der geänderten Situation angepasst.	Verwaltung		4.000 €				Zustimmung bei Nein von WAM und FDP und Enthaltung Bündnis90/Grüne	
21			SPD CDU WAM FDP B90	10102	II	1.13	6869000	Der Ansatz wird um 2.500 € auf das Niveau von 2016 gesenkt. Bürgerversammlung und Neujahrsempfang verbleiben in der Verantwortung der Stadtverordnetenversammlung. Die Leistungsbeschreibung wird angepasst.	Verwaltung		-	2.500 €			Zustimmung	
22			SPD CDU WAM FDP B90	10104	II	1.18		Der Magistrat wird beauftragt die Stellenbeschreibungen aus 2012 zu aktualisieren und zu ergänzen.	Verwaltung						Zustimmung	
23			SPD CDU WAM FDP	10104	II	1.20	6779000	Der Ansatz wird gestrichen. Die dazugehörige Leistungsbeschreibung wird wie folgt neu gefasst: „Die Stadt Maintal ist eine familienfreundliche Arbeitgeberin und erhöht damit ihre Attraktivität für qualifizierte Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer erheblich. Dies wird durch entsprechende Darstellungen auf der Homepage der Stadt sowie der Darstellung dieser Leistungen im Rahmen von Stellenanzeigen deutlich gemacht. Auf der Homepage können auch städtische Bedienstete zu Wort kommen, die die Vorzüge der Stadt als Arbeitgeberin darstellen.“ Diese Kürzung wird im Finanzplan für das Jahr 2020 fortgeschrieben.	Verwaltung		-	12.000 €			Zustimmung bei Nein von B90	
24			SPD CDU FDP B90	10108	II	1.33	5100010	In der Leistungsbeschreibung wird ergänzt: „Für den Fall einer Anpassung des Rundfunkstaatsvertrags oder der Satzung des Hessischen Rundfunks, nach der private Inkassounternehmen die Rundfunkbeiträge einziehen können, stellt die Stadt diese Dienstleistung ein.“	Verwaltung						Zustimmung bei Nein von WAM	
25			SPD CDU WAM FDP B90	10301	II	1.39	6100110	Die Inhalte des Projektes "Projektinnenentwicklung in einem bestehenden Gewerbegebiet (PIG) im Gewerbegebiet Ost " östlich der Honeywellstraße" sind vor Mittelfreigabe aufzuzeigen. Die Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen.	Verwaltung						Zustimmung	
26			SPD CDU WAM FDP B90	10301	II	1.39	6861000	Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Für eine evtl. Fortsetzung des Facebook Projektes ist dieses in die Stellenbeschreibung der Pressestelle aufzunehmen. Eine separate Stelle - auch Teilzeitstelle - wird nicht eingerichtet. Ein Werkvertrag wird nicht vergeben.	Verwaltung						Zustimmung	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
27			SPD CDU WAM FDP B90	10301	II	1.39	neu	Es wird ein Öffentliches WLAN in Maintal errichtet. Hierfür werden Kooperationspartner als kommerzielle Anbieter vertraglich verpflichtet. Als erste Standorte sind das Rathaus, das Maintalbad und die Büchereien in Bischofsheim und Dörnigheim vorzusehen. Die Nutzung soll nach Möglichkeit, z.B. anhand der Anzahl der Registrierungen pro Tag gezählt und im Berichtswesen ausgewiesen werden. Das Ergebnis soll im jeweiligen Quartalsbericht erscheinen. Bei Erfolg, nach einer Anfangsphase von drei Monaten und danach z.B. durchschnittlich 100 Registrierungen pro Monat, soll das Angebot ggf. auf weitere städtische Plätze und Einrichtungen ausgeweitet werden. Kosten: Die Kosten sind im letzten Jahr stark gefallen. Ein Hotspot kostet derzeit pro Monat ca. 100 €. Für die 4 Standorte wären dies ca. 4.800 Euro p.a.	Verwaltung	4.800 €				Zustimmung	
28			SPD WAM FDP B90	10301	II	1.40	6599999	Der Personalkostenansatz der Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wird um 17.000 Euro reduziert. Die Pressearbeit über einen externen Dienstleister wird eingestellt.	Verwaltung	-	17.000 €			Zustimmung bei Enthaltung CDU	
29			SPD FDP B90	20101	II	2.10	6131000	In 2017 wird kein Radfahrbeauftragter eingeführt. Die Funktion wird in der Leistungsbeschreibung gestrichen. Die Leistungsbeschreibung wird geändert: Zur Umsetzung der Leitlinien für ein radfahrer- und fußgängerfreundliches Maintal sowie weiterer Mobilitätspartner wird ein ehrenamtlicher Beauftragter für Mobilität eingesetzt. Der Ausschuss für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Klimaschutz erstellt im Benehmen mit dem Magistrat ein Anforderungsprofil und begleitet die Stellenausschreibung. Der Ausschuss für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Klimaschutz empfiehlt dem Magistrat den/die zu berufende Mobilitätsbeauftragte(n). Diese(r) berichtet gegenüber dem Ausschuss für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Klimaschutz mindestens zweimal jährlich. Zu den Aufgaben gehören u.a.: • Kontaktstelle zu den einschlägigen Vereinen und Gruppierungen (ADAC, ADFC, RuFF-Gruppe u.a.) • Öffentlichkeitsarbeit in Zusammenarbeit mit den Vereinen und der Verwaltung • Beratung der Verwaltung und der Politik in allen radfahrer- und fußgänger-relevanten Fragestellungen, aber auch zum Zusammenwirken mit anderen Mobilitätspartnern wie dem ÖPNV und den IV • Begleitung eines Verkehrskonzeptes • Beratung der Verwaltung bei der Schaffung von Infrastruktur zur Elektromobilität • Initiierung von Projekten zur Förderung der Mobilitätspartnerschaft • Durchführung von Beteiligungsprojekten z.B. mit Schulen, Kindergärten, Senioren usw. • Initiierung von Aktionen und Veranstaltungen, wie z.B. das Stadtradeln u.a. "	Verwaltung					Zustimmung bei nein von WAM und Enthaltung CDU	
30			SPD CDU WAM FDP B90	20101	II	2.11	PB 2	Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: "Der Magistrat wird beauftragt bis zum 30.06.2017 dem Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung das Aufgabenprofil für Sicherheit und Ordnung vorzustellen. Darzustellen sind neben den Aufgabenbereichen die Steuerung des Bereiches, Schlüsselprojekte, Abdeckung kritischer Bereiche in bebauten und unbebauten Ortslagen, Zusammenarbeit mit der Polizei."	Verwaltung					Zustimmung	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	Verwaltungsinvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
31			SPD CDU WAM	20101	II	2.11	Der Magistrat wird beauftragt mit dem zuständigen Verkehrsträger die folgende Maßnahme zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des in Bearbeitung befindlichen Verkehrsentwicklungsplans zu berichten: Die Verkehrsführung im Kreuzungsbereich Am Kreuzstein, Hochstädter Straße und Berger Straße wird geändert. Dabei erhalten die Straßen Am Kreuzstein (von der Umgehungsstraße kommend) und die Hochstädter Straße abknickend die Vorfahrt. Die beiden anderen Straßen Berger Straße und Hochstädter Straße Richtung Westen werden untergeordnete Straßen. Darüber hinaus werden die Fußgängerquerungen an allen Straßenseiten ermöglicht. In die Planungen wird die Verkehrsführung des Fernradweges R4 mit einbezogen.	Verwaltung						Zustimmung bei Nein von FDP und B90	
32			SPD CDU WAM FDP B90	30101	II	3.11	7128020	Der Ansatz für den Musik- und Kulturverein wird auf 2.000 € erhöht. Der Ansatz für die ev. Kirchengemeinde Dörnigheim wird auf 1.500 € erhöht. Der Zuschuss für die Kantorei Dörnigheim wird auf 1.000 € erhöht. Die fallweisen Zuschüsse werden auf 2.000 € erhöht.	Verwaltung	2.500 €			Zustimmung		
33			SPD CDU WAM FDP B90	30101	II	3.11	6869010	Das Budget für die Beziehung zu anderen Städten wird in das Budget I - Stadtverordnetenversammlung übertragen.	Verwaltung	-	8.000 €		Zustimmung		
34			SPD CDU FDP	30101	II	3.11	neu	Zur Förderung und Stärkung Maintaler Veranstaltungen wird ein Budget von bis zu 20.000 € zur Verfügung gestellt. Unter Beibehaltung der stadtteilbezogenen Identität soll das Engagement der Vereine gefördert werden, die Vermarktung von Festen überregional nachhaltig gestärkt werden, das Erscheinungsbild und die Sicherheit der Veranstaltungen im Bestand gesichert und verbessert werden. Gefördert werden die folgenden Veranstaltung jeweils bis zu einem Höchstbetrag von 5.000 €: - Kerb Wachenbuchen - Straßenfest Bischofsheim - Septemberfest Dörnigheim – Fest der Kulturen - Weihnachtsmarkt Hochstadt Das Budget wird mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Aufhebung entscheidet der Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung nach Vorlage der Veranstaltungskonzepte und Abstimmung mit den jeweiligen Veranstaltern.	Verwaltung	20.000 €		Zustimmung bei Nein von WAM und Enthaltung Bündnis90/Grüne			
35			SPD CDU WAM FDP B90	30101	II	3.12.	7128039	In die Leistungsbeschreibung wird aufgenommen: Für die nicht verbrauchten Mittel aus 2016 in Höhe von 3.000 € für das nicht realisierte Bühnenstürmerfestival wird keine Rückstellung gebildet.	Verwaltung				Zustimmung		
36			SPD CDU WAM B90	30403	II	3.25	neu	Es wird ein Finanzierungs- und Realisierungskonzept für ein Allwetterbad erstellt. Dabei sind auch erweiterte Nutzungsmöglichkeiten des Schwimmbadgeländes mit zu betrachten. Das Ergebnis wird der Stadtverordnetenversammlung spätestens zum September 2017 vorgelegt. Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet im Rahmen der HH Beratung für 2018 über Um-, Aus- oder Neubau. Der Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung fungiert als Prozesssteuerungsgremium. Das Budget ist im Einzelfall durch den Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung freizugeben.	Invest	100.000 €		Zustimmung bei Enthaltung FDP			

Antrag	Sub	1 Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2 3 4	Beschluss Empfehlung	5
			Band	Seite	Nr.			mehr	minder			
37		SPD CDU WAM FDP B90	30403	II	3.27	30403-1602	Der Umkleidebereich Freibad wird nicht saniert. Das Investitionsprogramm ist anzupassen.	Verpflichtung 18	-	300.000 €	Zustimmung	
38		SPD CDU WAM FDP B90	30403	II	3.27	30403-1702	Die Sanierung der Hallenbad Lüftungsanlage wird nicht durchgeführt. Das Investitionsprogramm ist anzupassen.	Verpflichtung 18	-	1.000.000 €	Zustimmung	
39		SPD CDU WAM FDP B90	30403	II	3.27	30403-1801	Die Sanierung des Freibades wird nicht durchgeführt. Das Investitionsprogramm ist anzupassen.	Verpflichtung 18	-	1.000.000 €	Zustimmung	
40		SPD CDU WAM FDP B90	40101	II	4.09	7128026	In die Leistungsbeschreibung wird aufgenommen: Die Leistungsbeschreibung wird wie folgt geändert: Der Magistrat erstellt in enger Zusammenarbeit mit dem Vorstand des Railway e.V. bis Ende Juni 2017 ein Konzept zur Realisierung / Fertigstellung / Betreibung der Skater Halle Railway, das dem Sozialausschuss zur Diskussion vorgelegt wird. Dieses Konzept soll die kurz- und mittelfristigen Planungen sowie eine langfristiges Finanzierungskonzept beinhalten.	Verwaltung			Zustimmung	
41		SPD CDU WAM FDP B90	40202	II	4.17	40202-1701	Die Planungskosten in Höhe von 30.000 Euro werden gestrichen. Die Planung einer inkluisiven Freizeittfläche erfolgt durch geeignete Partner der Branche (Unternehmen, Stiftungen). Basierend auf dem Spielplatzentwicklungsplan der Stadt Maintal werden alle von der Stadt Maintal betriebenen Spielplätze schrittweise als inklusive Spielplätze umgebaut.	Invest	-	30.000 €	Zustimmung	
42		SPD CDU WAM FDP B90	40202	II	4.17	neu I	Im Produkt 40202 ist ein weiteres Sachkonto einzurichten, auf dem 30.000 € Zuschuss für die Kinder- und Jugendfarm bereitgestellt werden. Die Leistungsbeschreibung ist entsprechend anzupassen.	Invest	30.000 €		Zustimmung	
43		SPD CDU WAM FDP B90	40202	II	4.17	neu II	Soweit die Kinder- und Jugendfarm in 2017 ein qualifiziertes Ferienprogramm anbietet, wird ein Personalkostenzuschuss in Höhe von 25.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Freigabe des Personalkostenzuschusses erfolgt bei Vorlage eines entsprechenden Konzeptes durch den Hauptausschuss. Es erfolgt die Fortschreibung im Finanzplan.	Verwaltung	25.000 €		Zustimmung	
44		SPD CDU WAM FDP B90	40202	II	4.19	neu	In 2019 werden Kosten in Höhe von 100.000€ für die Errichtung eines inkluisiven Spielplatzes im Entwicklungsgebiet Dörnigheim Mitte-Eichenheege bereitgestellt. Das Investitionsprogramm ist anzupassen.	Invest			Zustimmung	
45		SPD CDU WAM FDP B90	Sonderbudget Kinderbetreuung	II	4.30	5481210	Das Sachkonto 5481210, Zentrale Kita-Verwaltung wird auf Null gesetzt, die geplanten Einnahmen auf die Kinderbetreuungseinrichtungen verteilt, die Integrationsmaßnahmen durchführen.	Verwaltung			Zustimmung	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	Verwaltungsinvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
46			SPD CDU WAM FDP B90	Sonderbudget Kinderbetreuung	II	4.30		Verwaltung					Zustimmung		
47			SPD CDU WAM FDP B90	40401	II	4.43 4.51 4.63 4.67	neu neu neu neu	Für ein Projekt „Mama/Papa lernt Deutsch“ ist in den Teilergebnisplänen der vier Kinderbetreuungseinrichtungen Familienzentrum Schillerstraße, Familienzentrum Ludwig-Uhland-Straße, Kita Siemensallee und Kita Vilbeler Straße jeweils 5.000€ bereitzustellen. Das Budget ergänzt den HH Rest aus 2016 (Schulsozialarbeit).	Verwaltung	10.000 €			Zustimmung		
48			SPD CDU WAM FDP B90	40301	II	4.92	7128029	Zur Erweiterung der Betreuungskapazitäten von Kindern im Grundschulalter(6 bis 10 Jahre) im Einzugsgebiet der Wilhelm Busch Schule im Stadtteil Dörnigheim werden im Haushalt 60.000 Euro eingestellt. Der Magistrat wird beauftragt, in Gesprächen mit der Ev. Kirche, der Wilhelm Busch Schule und dem Schulträger nach Möglichkeiten zu suchen, das derzeitige Betreuungsangebot zu erweitern. Hier ist zu prüfen, inwieweit Räumlichkeiten des benachbarten Gemeindezentrums und der Maintalhalle konzeptionell einbezogen werden können. Diese Erweiterung stellt eine kurzfristige Lösung dar (beginnend ab sofort). Die Bezuschussung wird in der Finanzplanung fortgeschrieben und ist bis 2021 befristet. Der Magistrat wird beauftragt auf die Wilhelm-Busch-Schule einzuwirken schnellstmöglich einen Antrag auf die Aufnahme in das Ganztagschulprogramm des Landes Hessen zu stellen. Der Magistrat berichtet dem zuständigen Ausschuss.	Verwaltung	60.000 €			Zustimmung		
49			SPD CDU WAM B90	50501	II	5.20	neu	Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Zur Errichtung von 50 Wohneinheiten stellt die Stadt Maintal einem Bauträger/Investor passende städtische Grundstücke im Rahmen eines Erbbaurechtsvertrages zur Verfügung. Im Gegenzug hierzu erhält die Stadt Maintal ein Belegungsrecht. Für die Dauer des Belegungsrechts wird der Investor verpflichtet den Mietzins auf maximal 7,00 Euro pro qm zu begrenzen. Die Stadt Maintal stellt zur Realisierung dieser Vorgaben einen Förderantrag beim Main-Kinzig-Kreis gemäß den entsprechenden Förderrichtlinien des Main-Kinzig-Kreises (KA/666/2016). Im Rahmen der Beschlussfassung des Stadtentwicklungsplans der Stadt Maintal werden die zu bebauenden Grundstücke festgelegt.					Zustimmung bei Enthaltung FDP		
50			SPD CDU WAM FDP B90	50501	II	5.21	6779000	Der Ansatz für einen qualifizierten Mietspiegel wird gestrichen und die Leistungsbeschreibung entsprechend abgeändert. Dies gilt auch für das Jahr 2019.	Verwaltung	-	30.000 €		Zustimmung		

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder				
51			SPD CDU WAM B90	50501	II	5.22	50501-0001	Der Ansatz wird um 80.000 Euro auf 250.000 Euro in 2017 erhöht. Die Leistungsbeschreibung Investitionen 50501-0001 wird wie folgt angepasst: Als sozialen Wohnungsbau bezeichnet man den staatlich geförderten Bau von Wohnungen, insbesondere für soziale Gruppen, die ihren Wohnungsbedarf nicht auf dem freien Wohnungsmarkt decken können. Die Hauptförderung erfolgt über Bundes- und Landesmitteln. Die Stadt muss jede Wohnung zusätzlich komplementär mit 10.000 EUR unterstützen. Dafür erhält sie das Belegungsrecht für die mietpreisgebundenen Wohnungen. Im Jahr 2017 soll der Bau von 25 Wohnungen mit einem Darlehen von 10.000 EUR pro Wohneinheit gefördert werden.	Invest	80.000 €				Zustimmung bei Enthaltung FDP
52			CDU WAM FDP B90	50601	II	5.25	neu	Die Leistungsbeschreibung wird wie folgt ergänzt: Die/der Integrationsbeauftragte realisiert in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Institutionen in Maintal (z.B. Vereinen, Feuerwehr usw.) die Einbindung von Flüchtlingen in ehrenamtliche Tätigkeiten.						Zustimmung bei Enthaltung SPD
53			SPD CDU FDP B90	50601	II	5.25 5.27	6599999 7128013	Die im Sachkonto 7128013 vorgesehenen Mittel werden gestrichen; im Gegenzug werden unter dem Sachkonto 6599999 zusätzliche Mittel in Höhe von 60.000€ sowie auf den übrigen Sachkonten weitere 15.000€ bereitgestellt, um eine beim Magistrat angesiedelte Planstelle (EG 9b) für eine/einen Integrationsbeauftragte(n) zu schaffen, um die in der Begründung dargestellten Aufgaben übernimmt. Die Leistungsbeschreibung sowie der Stellenplan sind entsprechend anzupassen.	Verwaltung	75.000 €				Zustimmung bei Nein CDU
54			SPD WAM B90	50601	II	5.27	6880000	Die Mittel werden auf 7.000 € erhöht.	Verwaltung	3.700 €				Zustimmung bei Nein CDU und Enthaltung FDP
55			SPD CDU WAM FDP B90	50601	II	5.27	7128013	Der Ansatz wird gestrichen und die Leistungsbeschreibung entsprechend abgeändert. Dies gilt auch für die Jahre 2018 und 2019.	Verwaltung	-	89.000 €			Zustimmung
56			SPD WAM FDP B90	50601	II	5.27	neu	Für Qualifizierungsmaßnahmen von Mitgliedern des AK Asyl werden 8.000 € bereit gestellt.	Verwaltung	8.000 €				Zustimmung bei Nein CDU
59			SPD CDU WAM FDP B90	50701	II	5.34		In die Leistungsbeschreibung wird aufgenommen: In 2017 wird ein Workshop durchgeführt mit den Schwerpunkten: Vision MSHD 2020; Personalmotivation und Bindung; Orientierung im Wettbewerbsumfeld.	Verwaltung					Zustimmung
60			SPD CDU WAM FDP	60101	II	6.013	neu	Der Magistrat wird beauftragt ein Realisierungskonzept für den Bau eines Hospiz in Maintal zu erstellen. Dieses soll bis zum 30.6.2017 zur Verfügung stehen. Die Realisierung ab 2018/19 soll durch einen Investor mit einem Träger erfolgen. Das Projekt ist im Stadtentwicklungskonzept zu berücksichtigen.	Verwaltung					Zustimmung bei Nein B90

Antrag	Sub	1	Antragsteller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
61			SPD CDU WAM B90	60401	II	6.014	neu	Planungsmittel in Höhe von 20.000 € für die Erneuerung des R4 im Verlauf der Hochstädter Straße bis Parkplatz Richtung Hochstadt in Bischofsheim als kombinierter Fuß-Radweg werden zur Verfügung gestellt. Finanzhilfen nach GVFG sollen beantragt werden, die Leistungsbeschreibung ist entsprechend anzupassen	Invest	20.000 €				Zustimmung bei Enthaltung FDP	
62			SPD CDU WAM FDP	60401	II	6.016	neu	Der Magistrat wird beauftragt mit dem zuständigen Verkehrsträger die Realisierung der folgenden Verkehrsmaßnahme zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des in Bearbeitung befindlichen Verkehrsentwicklungsplans zu berichten inklusive Kosten bis zum 30.6.2017: Am östlichen Ortsein-, bzw. -ausgang von Wachenbuchen wird im Kreuzungsbereich ein Kreisverkehr errichtet. Damit kann wegen der sich daraus resultierenden Möglichkeit des Wendens für den Linienbus auch die Haltestelle des SVM Mittelbacher Straße genutzt werden.	Invest				Zustimmung bei Nein B90		
63			CDU WAM B90	60401	II	6.016	neu	Im Haushalt werden 10.000 € bereitgestellt um insgesamt eine bessere Radwegenutzung zu ermöglichen. In Zusammenarbeit mit der RUFF-Gruppe werden 3 - 4 neuralgische Punkte bestimmt, die im Jahr 2017 verbessert werden.	Invest	10.000 €			Zustimmung bei Nein FDP und Enthaltung SPD		
64			SPD CDU WAM FDP	60401	II	6.016	neu	Der Magistrat wird beauftragt mit dem zuständigen Verkehrsträger die Realisierung der folgenden Verkehrsmaßnahme zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des in Bearbeitung befindlichen Verkehrsentwicklungsplans zu berichten inklusive Kosten bis zum 30.6.2017: Die Bachstraße in Wachenbuchen zwischen der Herrnstraße und dem Mühltorring wird ausgebaut.	Invest				Zustimmung bei Nein B90		
65			SPD CDU WAM	60401	II	6.016	neu	Der Magistrat wird beauftragt mit dem zuständigen Verkehrsträger die Realisierung der folgenden Verkehrsmaßnahme zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung Realisierungsvorschläge inklusive Kosten bis zum 30.6.2017 mitzuteilen: Der Kreuzungsbereich Hanauer Landstraße, Dorfelder Straße, Alt Wachenbuchen und Feldstraße wird baulich so verändert, dass es im genannten Bereich zu einer Verkehrsberuhigung kommt. Hierzu wird der Magistrat aufgefordert zu prüfen, wie der Kreuzungsbereich baulich verändert werden kann (beispielsweise der Bau einer Verkehrsinsel, eine Verengung der Fahrbahn usw.) um den Durchgangsverkehr zu verlangsamen.	Invest				Zustimmung bei Nein B90 und Enthaltung FDP		
67			SPD CDU WAM FDP	60401	II	6.016	neu	Der Magistrat wird beauftragt mit dem zuständigen Verkehrsträger die Realisierung der folgenden Verkehrsmaßnahme zu prüfen und der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des in Bearbeitung befindlichen Verkehrsentwicklungsplans zu berichten inklusive Kosten bis zum 30.6.2017: Die Einrichtung eines Kreisverkehrs im Kreuzungsbereich der ehemals B8, L3195 und Kennedystraße in Dörnigheim wird geprüft. Der Magistrat setzt sich mit den Baulasträgern für die obige Maßnahme (Bund, Land usw.) ins Benehmen und prüft die Errichtung eines Kreisverkehrs.	Invest				Zustimmung bei Nein B90		
70			SPD CDU WAM FDP B90	60501	II	6.025	neu	Es wird ein neues Investitionsprojekt mit einem Volumen von 5.000 € in den Jahren 2017 bis 2020 eingestellt. In der Leistungsbeschreibung wird ergänzt: „Entlang von Wegen, insbesondere im Dörnigheimer Wald zwischen Eichenheege und der Hanauer Gemarkungsgrenze, werden Parkbänke für Spaziergänger aufgestellt. Die Montage erfolgt durch den Betriebshof.“	Invest	5.000 €			Zustimmung		

Antrag	Sub	1 Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	Beschluss Empfehlung	5
			Band	Seite	Nr.			mehr	minder					
71		SPD CDU WAM FDP	60801	II	6.034	6100110	Der Ansatz für Projekte wird im Jahr 2017 auf 80.000 € abgesenkt. Für das Jahr 2018 wird ein Ansatz von 40.000 € in die Finanzplanung eingesetzt.	Verwaltung	-	40.000 €			Zustimmung bei Nein B90	
73		SPD CDU WAM B90	60901	II	6.039		In der Leistungsbeschreibung wird ergänzt: In 2017 wird ein Immobilien-Konzept für die Entwicklung der Flächen am Bahnhof Maintal Ost entsprechend dem Vorschlag der Stadtleitbildgruppe Maintal Entree entwickelt. Dabei sind geht es um die Errichtung eines Büro- und Geschäftshauses sowie einer öffentlichen Begegnungsstätte. Die zu gründende Maintal Immobilien Gesellschaft wird mit der Realisierung und Finanzierung beauftragt.	Verwaltung					Zustimmung bei Enthaltung FDP	
74		SPD CDU WAM FDP B90	60901	II	6.041	5003000	Die Veränderungen von Planansätzen für 2017 und im Finanzplan werden gestrichen. Es erfolgt keine Veränderung der Leistungsbeschreibung. Mindererlöse: 105.000 € Minderausgaben: 105.000 €	Verwaltung	105.000 €	-	105.000 €		Zustimmung	
75		SPD CDU WAM FDP B90	60901	II	6.043	6161000	Es werden 50.000 € für Reparaturmaßnahmen im Altbau des Rathauses bereitgestellt.	Verwaltung	50.000 €				Zustimmung	
76		SPD WAM FDP B90	60901	II	6.043	60901-1501	Das Investitionsobjekt 60901- 1501 Erneuerung Altbau Rathaus Hochstadt wird gestrichen. Die Leistungsbeschreibung wird angepasst. Die Verpflichtungsermächtigung wird gestrichen. Das Investitionsprogramm ist anzupassen. Der Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung wird als Prozessentwicklungsgremium eingesetzt.	Invest	-	500.000 €			Zustimmung bei Enthaltung CDU	
			60901	II	6.043	60901-1501		Verpflichtung 18	-	3.140.000 €			Zustimmung bei Enthaltung CDU	
77		SPD CDU WAM FDP B90	60901	II	6.043	60901-1502	Die in 2017 vorgesehenen 200.000€ werden gestrichen; im Gegenzug wird die Verpflichtungsermächtigung für 2018 auf 2.700.000€ erhöht, ebenso sind im Investitionsprogramm für 2018 2.700.000€ vorzusehen.	Invest					Zustimmung	
78	a	SPD WAM FDP B90	60901	II	6.043	60901-1603	In der Leistungsbeschreibung zu diesem Projekt wird ergänzt: „Das Investitionsprojekt wird in ein Aufwandsprojekt umgewandelt und mit einem Sperrvermerk versehen. Der Hauptausschuss für Finanzen und Stadtentwicklung und der Ausschuss für Asyl und Integration entscheiden nicht vor dem Ende des ersten Quartals darüber, ob angesichts der dann erwarteten Entwicklung der Flüchtlingszahlen dieses Projekt realisiert wird. Ebenso wird dann über den Standort des Wohnheims entschieden. Die Realisierung des Projektes soll durch die MWG oder einen anderen Investor erfolgen. Im Haushalt 2018 sind entsprechende Mittel für die Anmietung und den Betrieb des Gebäudes vorzusehen.“ Reduktion Investitionsplan 2017: 2.500.000 €	Invest	-	2.500.000 €			Zustimmung bei Nein CDU	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder				
80			SPD CDU WAM FDP B90	61001	II	6.050	61001-0001	Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Beim Erwerb der Fläche der Frankfurter Volksbank im Stadtteil Wachenbuchen sind die Ergebnisse der städtebaulichen Leitlinien zu berücksichtigen. Beim Erwerb ist grundsätzlich eine lastenfreie Übergabe anzustreben.	Invest				Zustimmung	
81			SPD CDU WAM FDP B90	61001	II	6.050	61001-1603	Das Investitionsprojekt wird gestrichen und die Leistungsbeschreibung entsprechend korrigiert. Reduktion Investitionsplan 2017: 1.900.000 € Der Magistrat wird beauftragt unter dem Dach der MBG zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine <i>Maintal Immobilien Gesellschaft</i> zu gründen. Die MWG soll das Objekt Rhönstraße dann in diese Gesellschaft überführen können. Der Stadtverordnetenversammlung ist eine Vorlage für die Gründung der Gesellschaft bis zum 30. April 2017 vorzulegen.	Invest	-	1.900.000 €		Zustimmung	
82			SPD CDU WAM FDP B90	61101	II	6.056	7128013	Der Budgetansatz wird um 26.500 € auf den Ansatz von 2016 erhöht.	Verwaltung	26.500 €			Zustimmung	
83			SPD CDU WAM FDP B90	61102	II	6.062	6100100	Die Kosten für die Veranstaltung <i>Maintal sagt Danke</i> werden mit einem Sperrvermerk versehen. Dem Hauptausschuss ist bis März 2017 die Konzeption, Zielgruppe, Auswahlkriterien, etc. aufzuzeigen. Der Hauptausschuss entscheidet über die Aufhebung des Sperrvermerkes.	Verwaltung				Zustimmung	
84			SPD CDU WAM FDP	61102	II	6.062	6779000	Die Gelder für Beratungsleistungen zur Erstellung von Leitlinien für Bürgerbeteiligung werden gestrichen.	Verwaltung	-	8.000 €		Zustimmung bei Nein B90	
85			SPD WAM B90	61102	II	6.062	neu	Es soll ein Konzept erstellt werden zur Umsetzung der "essbaren Stadt". Für ein Pilotprojekt werden in 2017 10.000 € eingestellt. Der Haushaltsansatz ist mit Sperrvermerk zu versehen. Die Freigabe erfolgt durch den HAFuS nach Vorlage eines Pilotkonzeptes.	Verwaltung	10.000 €			Zustimmung bei Nein CDU und FDP	
86			SPD CDU WAM FDP B90	61602	II	6.099	61602-1502	Aus der Leistungsbeschreibung wird der Satz "Der Ausbau der Sportanlage Dicke Buche wird komplett über Verkaufserlöse der Grundstücke an der Eichenheege (2018) finanziert" gestrichen. <i>Das Investitionsbudget für die Sportanlage Dicke Buche beträgt 5.650.000 €.</i>	Invest				Zustimmung	
87			SPD CDU WAM FDP B90	61603	II	6.104		Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Die notwendige Abstandsfläche zur benachbarten Landwirtschaft verbleibt im Eigentum der Stadt Maintal.	Invest				Zustimmung	

Antrag	Sub	1	Antrag- steller	Produkt			Antrag	VerwaltungInvest	Kosten		2	3	4	5
				Band	Seite	Nr.			mehr	minder				
88			SPD CDU WAM FDP B90	61603	II	6.107	61603-1701	Der Magistrat wird beauftragt sicherzustellen beim zukünftigen Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken die Beschaffenheit der Flächen zu prüfen. Bevorzugt wird zukünftig die Räumung eines Grundstückes durch den Verkäufer und die lastenfreie Übergabe.	Invest				Zustimmung	
89			SPD CDU WAM FDP B90	61603	II	6.107	61603-1801 61603-1802 61603-1803 61603-1804	Die Ansätze der Investitionsprojekte 61603-1801, -1802, -1803 und -1804 und Verpflichtungsermächtigungen werden gestrichen. Die korrespondierende Einzahlung durch Grundstücksverkäufe werden ebenfalls gestrichen. Reduktion Investitionsplan in 2017: 410.000 € Reduktion Investitionsplan in 2018: 3.080.000 € Reduzierung Einzahlungen in 2019: 5.700.00 €. Die Entwicklung ist durch die neu zu gründende Maintal Immobilien Gesellschaft zu realisieren. Die Gesellschaft beginnt mit den Planungen in 2018 und strebt die Realisierung ab 2019 an. Das Investitionsprogramm ist anzupassen.	Invest	-	410.000 €		Zustimmung	
90			SPD CDU WAM FDP B90	61604	II	6.110		Die Leistungsbeschreibung wird ergänzt: Bei der Bauflächenentwicklung GE Maintal-West wird der Magistrat beauftragt eine professionelle Gewerbeimmobilien Agentur einzubinden, um die geplanten Erlöse in Umfang und Zeit sicherzustellen. Zuvor sind 1. Maintaler Unternehmen auf ihr Interesse hin zu befragen; 2. wird die Wirtschaftsförderung beauftragt dem Hauptausschuss bis zum 30.6.2017 ein Vermarktungskonzept vorzulegen.	Invest				Zustimmung	
91			SPD CDU WAM FDP B90	61701	II	6.120	61701-1401	Die Mittel für die Sanierung des Schießstandes in der Maintalhalle werden mit einem Sperrvermerk versehen. Über die Freigabe entscheidet der Hauptausschuss wenn ein tragfähiges und unterschriftsreifes Konzept mit den Schützenvereinen vorliegt.	Invest				Zustimmung	
92			SPD CDU WAM FDP B90	70101	II	7.09	70101-1701	Der Magistrat wird beauftragt der Stadtverordnetenversammlung bis zum Februar 2017 ein Konzept vorzulegen für die weitere Nutzung der Fläche des Betriebshofes. Der Investitionszuschuss wird mit einem Sperrvermerk versehen, der vom Hauptausschuss aufgehoben werden kann.	Invest				Zustimmung	